

Die Lücke wächst

Schleswig-Holstein vermeidet Sparbemühungen

Bisher ist Schleswig-Holstein finanzpolitisch gut durch die Corona-Krise gekommen. 5,5 Milliarden Euro Notkredite, die die Verfassung für solche Krisenfälle zulässt, deckten alle Wünsche ab, ohne den sprichwörtlichen Gürtel enger schnallen zu müssen. Doch für die Zukunft sieht dieses anders aus, das Land schliddert in hohe neue Schulden.

Der Grund: Weiterhin hohe Ausgaben durch die Pandemie und Wegbrechen der Steuereinnahmen führen zu einer immer größeren Lücke in den Landeshaushalten. In den nächsten fünf Jahren fehlen bis zu 500 Millionen Euro jährlich in der Planung! Notkredite gibt es dann nicht mehr.



Dr. Gaby Schäfer,
Präsidentin
des Landes-
rechnungshofes SH

Foto: ©
Joachim
Welding

Die Präsidentin des Landesrechnungshofes, Gaby Schäfer, hatte deshalb Alarm geschlagen und in einem Interview pauschale Ausgabenkürzungen für alle Ministerien von drei Prozent vorgeschlagen. Rechnerisch könnten mit dieser „Rasenmäher-Methode“ die Löcher geschlossen werden. Ähnlich deutliche Worte kamen von Martina Johannsen, Präsidentin des Landesrechnungshofes, für Mecklenburg-Vorpommern (Interview auf Seite 4). Schleswig-Holsteins Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) bestätigte die Alarmmeldungen des Landesrechnungshofes, sieht die Verantwortung dafür aber in Berlin: Der Bund müsse Steuerschlupflöcher schließen und umweltschädliche Subventionen abbauen. Und auch der finanzpolitische Sprecher der Grünen,

Lasse Petersdotter, hält Kürzungspläne für verantwortungslos. Er fordert eine Veränderung der Schuldenbremse und eine „gerechte“ Steuerreform. Übersetzt aus der Politikersprache heißt dieses: Schuldenmachen ohne Grenzen und Steuern erhöhen auch für den Mittelstand.

Aber auch die Jamaika-Koalitionspartner CDU und FDP machen keine Anstalten für Konsolidierungsvorschläge: CDU-Fraktionschef Tobias Koch hält es für den falschen Weg, mitten in der Corona-Pandemie den Rasenmäher anzusetzen. Er setzt vielmehr auf eine möglichst schnelle Rückkehr zu einem Wachstumspfad. Auch FDP-Finanzpolitikerin Annabell Krämer will die wirtschaftliche Erholung nicht bremsen, um die notwendige Sanierung des Haushaltes möglich zu machen. Noch deutlicher sind die Stimmen aus der SPD-Fraktion und vom SSW. Sie fordern ausdrücklich, die Ausgaben des Landes noch weiter zu erhöhen!

In einem Jahr (voraussichtlich am 8. Mai 2022) wählen die Schleswig-Holsteiner einen neuen Landtag. Bis dahin will offenbar keine Partei unangenehme Wahrheiten verkünden. Die Hängepartie wird weitergehen.

Dabei ist die Lösung so einfach: Wenn man jetzt den Landeshaushalt auf die Maßnahmen konzentriert, die zur Pandemiebewältigung und zum Wiederanspringen der Konjunktur notwendig sind, lässt sich die Zukunft gut gestalten. Alle anderen Wünsche der verschiedenen Interessengruppen müssen warten bis die notwendigen Steuermittel dafür wieder vorhanden sind. Werden diese Prioritäten jetzt jedoch nicht gesetzt, kommen auf die Bürger massive Steuererhöhungen oder eine für die nächsten Generationen unverantwortliche Verschuldung zu.

Rainer Kersten
rainer.kersten@steuerzahler.de

Sie lesen in diesem Nord-Kurier



© BilderBox.com

Zuwendung ist für die Mitarbeiter der Pflegeberufe eine Selbstverständlichkeit. Aber gegen die vom Landtag über ihre Köpfe hinweg beschlossene Pflegekammer hat sich

eine satte Mehrheit von über 90 Prozent ausgesprochen. Nun bleibt dem Parlament des Landes Schleswig-Holstein nur noch, ein Projekt abzuwickeln, mit dem sich die Politiker bis auf die Knochen blamiert haben. Statt auf die Betroffenen zu hören, verordnete ihnen der Landtag die Pflegekammer, und nun bleibt den Politikern nur, den selbst angerichteten Scherbenhaufen aufzukehren. Auch wenn es besserwisserisch klingt: Der BdSt hat von Anfang an vor dem Projekt gewarnt und sich dagegen stark gemacht. **Bericht S. 2**



JÜRGEN NIELSEN
BdSt Hamburg

Der Steuerzahlerbund Hamburg ist gefragt wie nie zuvor bei den Medien. Der Vize-Vorsitzende Jürgen Nielsen (rechts) und Vorstandsmitglied Petra Ackmann (links) wurden von Journalisten gleich mehrfach interviewt. Das Spektrum der Themen reichte von der Elbvertiefung bis zum jüngsten Bericht des Landesrechnungshofes. Und der Hamburger Schwarzbuchfall des IT-Desasters in der Polizei schaffte es in die TV-Sendung „Mario Barth deckt auf“. Fast überflüssig zu betonen, dass die Aufmerksamkeit der Medien wichtig ist für unsere Organisation, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Politiker mit der Verschwendung von Steuermitteln nicht durchkommen zu lassen. **Bericht Seite 6**

Die Kammer des Schreckens

Pflegeberufe lehnen eigene Kammer ab – Landtag steht blamiert da

Die Zwangsmitglieder der Pflegeberufekammer haben es deutlich entschieden: Mit knapp 92 Prozent haben sie eine Auflösung der ungeliebten Einrichtung beschlossen. Jetzt muss der Landtag ein Abwicklungsgesetz beschließen. Der Steuerzahlerbund hat recht behalten: Die von den Betroffenen gar nicht gewünschte Berufsvertretung drohte zum Fass ohne Boden zu werden.

In die Kammer, die per Landesgesetz errichtet worden ist, sind bis heute bereits 3,6 Millionen Euro Steuermittel geflossen. Zusätzlich lasten erhebliche Kreditverpflichtungen auf der Einrichtung. Es steht zu befürchten, dass auch diese vom Steuerzahler übernommen werden müssen.

Seit Einrichtung im Jahr 2016 ist es der Kammer niemals auch nur annähernd gelungen, die eigenen Kosten durch die Beiträge der Zwangsmitglieder zu decken. Die Probleme begannen bereits bei der Registrierung der Pflegekräfte, die bis heute nicht vollständig erfolgt ist. Viele Mitglieder haben sich auch geweigert, ihre Einkommensverhältnisse anzugeben, die Grundlage für die Beitragsberechnung sein sollen. Unter dem Strich blieb der kostendeckende Betrieb der Kammer eine politische Illusion, die Forderungen nach einer dauerhaften Steuerfinanzierung wurde immer lauter. Der Bund der Steuerzahler hatte zuletzt im Schwarzbuch 2020/2021 eine schnelle Abwicklung der Kammer gefordert.

Der Reihe nach: Als die damalige rot-grüne Regierungskoalition im Schleswig-Holsteinischen Landtag im Juli 2015 das Gesetz zur Errichtung der Pflegeberufekammer beschloss, waren viele Politiker überzeugt, für die rund 30.000 Angehörigen der Pflegeberufe etwas Gutes zu tun. Eine repräsentative Befragung hatte mit einer damals schon sehr knappen Mehrheit ergeben, dass die hauptberuflichen Pflegekräfte eine bessere Vertretung ihrer Interessen wünschten. Doch die damals gestellten Fragen hatten ein entscheidendes Detail ausgeblendet: Mit keinem Wort wurde den Befragten erklärt, dass eine Kammer mit Zwangsmitgliedschaften sowie Zwangsbeiträgen verbunden ist.



Sie helfen gern, aber vom Landtag und unter Zwang lassen sich die Mitarbeiter der Pflegeberufe nicht gerne helfen.

Gegenüber bekannten Kammerberufen, wie Ärzte, Apotheker, Architekten, Steuerberater oder Anwälte unterscheiden sich die Pflegekräfte dadurch, dass sie überwiegend im Angestelltenverhältnis tätig sind, ein geringes Gehaltsniveau haben und es sehr viele Teilzeitbeschäftigte gibt, denen es schwerfällt, die Pflichtbeiträge aufzubringen. Außerdem stellt sich die Frage, welche berufspolitischen Interessen ihrer Mitglieder die Kammer durchsetzen soll, wenn die Arbeitgeber, nämlich die Betreiber von Krankenhäusern und Pflegeheimen, gar nicht mit vertreten sind. Die Pflegeberufekammer kann weder Tarifverträge oder Arbeitsbedingungen aushandeln (das machen die Gewerkschaften), noch Prüfungen abnehmen oder Erlaubnisse erteilen.

Letztlich kann die von einigen wenigen Befürwortern so heftig geforderte Interessenvertretung nur Lobbyarbeit leisten. Wenn sie fachliche Vorgaben oder Qualitätsstandards festlegen wollen, müssen die Arbeitnehmer diese auf eigene Kosten erbringen, weil die Kammer den Arbeitgebern keine Vorschriften machen kann.

Dennoch trat eine erste Kammerversammlung zusammen, wählte einen Vorstand, beschloss die Beitragssatzung. Dagegen

gab es scharfe Proteste mit Demonstrationen vor dem Landeshaus. Die Pflegeberufekammer mit Sitz in Neumünster beschäftigt rund 30 Vollzeitkräfte, die sich überwiegend mit der Registrierung der Mitglieder beschäftigen. Als Anschubfinanzierung hatte der Landtag seinerzeit 600.000 Euro zur Verfügung gestellt. Der Rest der Kosten sollte zunächst über Kredite finanziert werden. Doch der Vorstand der Pflegeberufekammer setzte weiter auf den Steuerzahler. Man forderte eine dauerhafte zusätzliche Finanzierung. Der Landtag mit seiner neuen Jamaika-Koalition fand einen Kompromiss: Für 2019 wurden noch einmal 3 Millionen Euro Anschubfinanzierung zur Verfügung gestellt. Im Gegenzug musste sich die Kammer verpflichten, in 2020 dann aber alle Beiträge fristgerecht einzutreiben. Das Ergebnis der Urabstimmung ist eine derart herbe Klatsche für alle Befürworter, wie sie selbst von den stärksten Kritikern nicht erwartet worden war.

Jetzt kommt es darauf an, den Scherbenhaufen schnell und kostengünstig zu beseitigen, damit dem vielen verlorenen Geld nicht noch weiteres hinterhergeworfen wird.

Rainer Kersten
rainer.kersten@steuerzahler.de

Unsere Geschichte hat sich so nicht zugetragen. Sie ist verdichtet aus Fällen, die passiert sind, nur an unterschiedlichen Orten und zu unterschiedlichen Zeiten. Parallelen zu tatsächlichen Ereignissen in Schleswig-Holstein sind also nicht zufällig.

Auf einer Fortbildung hat die Schulleitung des Gymnasiums von den Chancen einer digitalen Unterrichtsgestaltung gehört. Es stünden reichlich Fördermittel bereit, um die Schulen dafür technisch auszustatten. Unsere Schulleitung hat nicht alles verstanden, aber erkannt, dass man jetzt tätig werden muss. Deshalb bekamen die Informatiklehrer sofort den Auftrag, ein Konzept zu erstellen. Leider stellte sich schnell heraus, dass die Internet-Anbindung der Schule für eine Umsetzung nicht ausreicht.

Die Schulleitung lief deshalb mit dem Konzept zum Bürgermeister, um ihn davon zu überzeugen, dass die Schule einen schnelleren Internetanschluss braucht. Der Bürgermeister konnte mit den Fachbegriffen nichts anfangen. Jetzt war er aber froh, seiner Büroleitung nachgegeben zu haben und schon seit Monaten einen Fachinformatiker im Rathaus zu beschäftigen. Der Auftrag: Wir brauchen einen Internetanschluss. Das Ergebnis war ernüchternd: Kein Anbieter kann „schnelles Internet“ bereitstellen, weil es dazu an dem notwendigen Kabelnetz fehlt. Der IT-Dienstleister der Gemeinde schlug daraufhin vor, ein eigenes Glasfaserkabel von der Schule zum nächstgelegenen Netzknoten zu verlegen, der nur wenige 100 Meter entfernt sei. Dieses habe man im Fall einer anderen Schule bereits realisiert. Die genauen Kosten müsse aber ein Tiefbauingenieur ermitteln.

Mit diesem Wissen legte der Bürgermeister der Gemeindevertretung nahe, ein Ingenieurbüro mit der Planung eines Glasfaseranschlusses für das örtliche Gymnasium zu beauftragen. Die Fraktionsvorsitzenden zeigten sich begeistert und legten fest, den Antrag zunächst im Schulausschuss, dann im Bauausschuss und abschließend im Finanzausschuss zu beraten.

Im Schulausschuss kam es fast zu einem Eklat: Ein Vertreter der Konservativen bemängelte zu Sitzungsbeginn, er habe keine schriftlichen Unterlagen erhalten. Als der Vorsitzende ihm zu erklären versuchte, dass es ja keine schriftlichen Unterlagen mehr gebe seitdem alle Gemeindevertreter mit Tablets ausgestattet worden sind, folgte betretenes Schweigen. Der Fraktionsvorsitzende ergriff das Wort und erklärte hastig, die Sitzung könne dennoch stattfinden, er werde sich um das Problem kümmern.



© BilderBox.com

Die grünen Vertreter baten zu Protokoll zu nehmen, dass die Initiative zur Digitalisierung der Schulen auf den von ihrer Partei gestellten Landesminister zurückginge. Die Sozialdemokraten beschworen die Bildungschancen für Kinder aus sozial-schwachen Familien, die Liberalen jubelten über die Vorreiterrolle der eigenen Gemeinde, die Konservativen befürchteten, dass das alles Geld kosten könne. Die Wählergemeinschaft fragte noch, ob jetzt etwa jeder Schüler auch einen Computer bräuchte. Der Antrag wurde einstimmig beschlossen.

Im Bauausschuss fragten die Konservativen, ob die frisch asphaltierte Straße wieder

aufgerissen werden müsse. Die Sozialdemokraten sahen die Chance, bei der Gelegenheit gleich Querungshilfen und Bushaltestellen für Behinderte zu schaffen. Die Grünen plädierten für eine Entsiegelung und das Anlegen von Blühstreifen. Auch der liberale Vertreter war für den Antrag, wenn der Auftrag an ein Ingenieurbüro aus der eigenen Gemeinde ginge.

Für Irritationen sorgte der Vertreter der Wählergemeinschaft, der von seinem in Brandenburg wohnenden Schwiegersohn gehört habe, dass Glasfasernetze die Technik von vorgestern seien. Heute würde Internet über Sendemasten („G5 oder so“) bereitgestellt. Der Bauausschuss beschloss einen Prüfauftrag.

Schon in der nächsten Sitzung konnte ein Sachverständiger mit einem 30-minütigen PowerPoint-Vortrag die Bedenken ausräumen. Der Antrag wurde befürwortend an den Finanzausschuss weitergereicht. Hier war man gespalten: Die grünen Vertreter betonten noch einmal die großzügigen Förderprogramme des eigenen Ministers, die Konservativen sahen unüberschaubare Folgekosten. Der Liberale war für Investitionen, aber gegen zusätzlichen Personalaufwand. Die Wählergemeinschaft fragte, ob man überhaupt einen Ingenieur bräuchte und die notwendigen Planungen nicht auch im eigenen Bauamt durchgeführt werden könnten. Der Hinweis des Bürgermeisters, es werde ja jetzt nur beauftragt, erst mal die notwendigen Kosten zu ermitteln, beruhigte die Bedenkenträger.

Die abschließende Beschlussfassung in der Gemeindevertretung war dann ein Selbstgänger: Alle Fraktionsvorsitzenden priesen noch einmal die Zukunftsvisionen digitalisierter Schulen.

Seit der Konzepterstellung in der Schule ist jetzt ein Jahr vergangen. Wie es im zweiten Jahr weitergeht, lesen Sie in einer unserer nächsten Ausgaben.

Rainer Kersten
rainer.kersten@steuerzahler.de

Fünf Fragen an Dr. Martina Johannsen

Präsidentin des Landesrechnungshofes M-V fordert Pandemiebezug von Krediten

Frau Dr. Johannsen, in der „Hildesheimer Erklärung“ der Landesrechnungshöfe und des Bundesrechnungshofes fordern diese Institutionen gemeinsam, dass die Schuldenbremse Bestand haben und jede Neuverschuldung einen direkten Pandemiebezug haben muss. Ist dies in M-V gegeben?

Bei einem erheblichen Teil der Neuverschuldung steht für uns der Pandemiebezug in Frage. Vom ersten Kreditpaket aus dem April 2020 mit 700 Millionen Euro neuen Schulden ist ein Jahr später gerade einmal die Hälfte abgeflossen, vom zweiten 2,1 Milliarden Euro schweren Paket ist es nur ein Bruchteil davon.

Damit stellt sich für uns die Frage, ob die ergriffenen Hilfsmaßnahmen tatsächlich die richtigen waren bzw. ob Kreditsummen in dieser Höhe überhaupt notwendig sind. In beiden Fällen hätte das Land umsteuern können und müssen, um Pandemiefolgen wirkungsvoll zu bekämpfen.

Für uns ist erschreckend, dass das Land Schulden aufnimmt, um Probleme zu bewältigen, die bereits vor der Krise existierten. Wenn z.B. bei den Universitätsmedizinern vom „ermittelten Investitionsstau“ gesprochen wird, sind ganz offensichtlich keine Pandemiefolgen zu bekämpfen. Insgesamt ist dies aus unserer Sicht ein Verstoß gegen die Schuldenbremse.

Für die Aufnahme und Verwaltung der neuen Schulden wurde in M-V (mal wieder) ein Sondervermögen errichtet. Der Landesrechnungshof hat diese Praxis schon in der Vergangenheit kritisiert. Was ist das Problem mit diesen Sondervermögen im Allgemeinen und im Speziellen beim M-V-Schutzfonds?

Sondervermögen schränken immer die Transparenz des Kernhaushalts ein und entziehen dem Landtag in Teilen sein Königsrecht, regelmäßig über die Ausgaben der Regierung zu entscheiden. Darum sind Sondervermögen nur für Zwecke einzurichten, die ganz eng abgesteckt sind. Der M-V-Schutzfonds hat ein äußerst breit gefächertes Ausgabenspektrum. Er ist auf vielen Gebieten ein kreditfinanziertes Regierungsprogramm, das ohne Corona aufgrund der Schuldenbremse nicht zu

bezahlen wäre. Das Parlament gibt dabei sehenden Auges die Hoheit über den Landeshaushalt aus der Hand, wodurch die Regierung über Jahre einen fast 3 Milliarden Euro schweren Nebenhaushalt bewirtschaften darf.

Das Land hat bereits vor der Pandemie über seine Verhältnisse gelebt. Verschiedene Ausgaben konnten nur über eine Rücklagenentnahme gedeckt werden. Die mittelfristige Finanzplanung wies bereits Handlungsbedarfe ab 2022 auf. Die Effekte der Pandemie werden hier nun verstärkend wirken. Welche Handlungsoptionen hat das Land jetzt?



Mit Sondervermögen wird nach Ansicht von Dr. Martina Johannsen das Königsrecht des Landtages entzogen.

Quelle: LRH

Wenige! Und die sind auch alle wenig erfreulich. Das Land muss unbedingt auf seinen konsolidierungsorientierten Kurs zurückkehren. Den hat es mit der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2020/2021 verlassen und dabei alle Vorsichtsmaßnahmen über Bord geworfen. Und genau an diesem Punkt, als die Landesregierung den Haushalt erstmals auf Kante nähte und anfang in die Rücklagen zu greifen, hat uns die Corona-Pandemie erwischt. Eine wirksame Maßnahme war immer das Personalkonzept. Durch dieses wurden in der Vergangenheit insgesamt rund 6 Milliarden Euro gespart. Das Aussetzen des Personalkonzepts führt zu erheblichen Ausgabensteigerungen und Stellenwünschen der Ressorts. Hier muss eine Umkehr erfolgen. Darüber hinaus müssen alle Aufgaben priorisiert werden, damit wir unter Einhaltung der Schuldenbremse überhaupt in der Lage sind durch diese Krise zu kommen.

Kommen wir zu den Kommunen. Die waren zuletzt finanziell überwiegend ganz gut aufgestellt, konstatieren Sie in dem Kommunalfinanzbericht 2020. Das wird in den kommenden Jahren deutlich anders aussehen. Es braucht also Anstrengungen, um gut mit den wegbrechenden Steuereinnahmen und fehlenden Ausgleichsmöglichkeiten durch das Land zurechtzukommen. Wo haben Kommunen grundsätzlich Einsparmöglichkeiten?

Momentan gleicht das Land den Kommunen nahezu alle Pandemie-Lasten aus. Hinzu kommt der deutlich aufgestockte Finanzausgleich ab 2020. Daher hatten die Kommunen 2020 einen Rekordüberschuss zu verzeichnen, während das Land eine Rekordverschuldung einging. Grundsätzlich sind aber Ausgabendisziplin und Aufgabenkritik für die Kommunen die wichtigsten Felder. Bei freiwilligen Aufgaben muss die Frage beantwortet werden, welche Aufgaben erfüllt werden können. Bei den Pflichtaufgaben ist zu prüfen, wie die Erledigung möglichst wirtschaftlich und sparsam geschehen kann.

Jüngst hat eine Kommune Schlagzeilen mit der negativen Entwicklung von vor längerer Zeit abgeschlossenen Risikofinanzgeschäften gemacht. Kommen solche Derivat-Geschäfte noch häufig vor? Was empfiehlt der Landesrechnungshof im Umgang mit solchen Geschäften?

Angesichts der andauernden Niedrigzinsphase dürften Derivate nicht mehr interessant sein. Auch sollte inzwischen durch unsere Erkenntnisse ein Warneffekt eingetreten sein. Wenn bei Derivatgeschäften gegen das Spekulationsverbot verstoßen wurde, sind diese umgehend und mit möglichst geringem Schaden zu beenden. Allerdings gibt es keine Garantie, dass der Finanzmarkt nicht andere und neue Risiken für die Kommunen bereithalten wird. Es gilt also für die Kommune bei jedem Finanzgeschäft: Sicherheit geht vor Ertrag.

Michaela Skott
presse@steuerzahler-mv.de

Geht auf den Werften bald das Licht aus?
Foto: © Pixabay / Julia Boldt



Werften: Krise ohne Ende

Genting lehnte Auftrag ab – Klimawandel wirkt sich aus

Die Werften in M-V kommen aus dem schweren Fahrwasser nicht heraus. Nachdem das Land Ende März nochmals 35 Millionen Euro aus der sogenannten Lockbox, einem Pfändungskonto, freigegeben hatte, um ausstehende Rechnungen von Zulieferern begleichen zu können, zeigte sich Wirtschaftsminister Harry Glawe noch zuversichtlich. Das lang erwartete Gutachten zur Einschätzung der wirtschaftlichen Lage war endlich eingetroffen. Im Wirtschaftsministerium ging man nun davon aus, dass MV-Werften unter den Rettungsschirm des Bundes aufgenommen würden.

Doch dort teilt man scheinbar den Optimismus aus M-V nicht. Noch Ende April stocken die Verhandlungen zwischen Land und Bund. Doch Genting selbst scheint sorglos in die Zukunft zu blicken. Einen Auftrag zum Bau von Offshore-Plattformen lehnte man, Medienberichten Anfang Mai zufolge, ohne vorherige Rücksprache mit dem Land ab: „So etwas macht uns fassungslos“, erklärt dazu die Landesge-

schäftsführerin Diana Behr. „Der Bund der Steuerzahler hat gefordert, dass die Werften dringend neue Aufgabengebiete außerhalb des Schiffbaus erschließen müssen, da aus unserer Sicht nicht alle heutigen Werftstandorte eine Perspektive und die Standorte im Nordosten die deutlich schlechteren Karten für einen Fortbestand haben. Es scheint, als ließe sich das Land an der Nase herumführen.

Das Land ist nun gefordert. Hier werden in großem Umfang Steuermittel eingesetzt. Wenn die Stellen der Werftstandorte sowie die der Zulieferbetriebe dauerhaft Bestand haben sollen, dann muss spätestens jetzt eine Neuorientierung erfolgen. Angesichts der Klimakrise darf niemand so tun als hätte die Kreuzfahrt mit Mega-Schiffen noch Zukunft.“ Von den 2.800 Stellen der MV-Werften sollen ein Drittel eingespart werden. Mit Zulieferfirmen spricht das Land von ungefähr 15.000 betroffenen Arbeitsplätzen.

Michaela Skott, presse@steuerzahler-mv.de

Grundsteuerberechnung

Die Landesregierung hat sich im April endgültig für die Umsetzung des Bundesmodells entschieden. Statt der transparenten und simplen Berechnung der Steuer anhand von Grundstücks- und Gebäudeflächen soll damit künftig in einem aufwändigen Verfahren der pauschalierte Wert jeder Immobilie ermittelt werden. Dafür sollen in den kommenden Jahren 110 neue Vollzeitstellen geschaffen werden. „Es ist ein Unding, was hier für ein teures Bürokratiemonster entstehen soll“, kritisiert

Landesgeschäftsführerin Diana Behr. An das politische Versprechen der Aufkommensneutralität glaubt der BdSt nicht: „Wir befürchten, dass die neue Grundsteuerberechnung dazu führt, dass die Einnahmen aus der Grundsteuer kräftig steigen mit erheblichen Mehrbelastungen für Eigentümer und Mieter, erklärt Behr. Aufgrund des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) stehen viele Kommunen unter Druck, ihre Hebesätze nach oben anzupassen.

Michaela Skott, presse@steuerzahler-mv.de

Neuseeland hilft mit

Im Zusammenhang mit dem Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (PUA) zur Cum-Ex-Affäre, der in Hamburg an Fahrt aufnimmt, ergeben sich immer mehr Details über die Motive und Hintermänner, die zu diesem Steuerskandal geführt haben. Natürlich ist es dabei von großem öffentlichen Interesse, mehr über die Strippenzieher zu erfahren, die sich bei dieser Affäre „eine goldene Nase verdient haben“.

Wie sich zeigt, ist einer der Strippenzieher ein gewisser Paul Robert Mora, Banker und neuseeländischer Staatsbürger. Mora wird jetzt von Interpol per internationalem Strafbefehl gesucht.

Das war Anlass genug für Jürgen Nielsen, stellvertretender Landesvorsitzender des Hamburger Landesverbandes, mit den befreundeten Kollegen der „Taxpayers Union“ (das ist die neuseeländische Steuerzahler-Partner-Organisation) Kontakt aufzunehmen. Diese zeigten sich völlig überrascht darüber, dass einer ihrer Landsleute in die Cum-Ex-Affäre verstrickt ist.

Die Kollegen der „Taxpayers Union“ wurden nun ihrerseits aktiv und starteten eine Kampagne in neuseeländischen Medien, um Druck auf die dortige Polizei auszuüben, sich verstärkt in die Suche nach Mora einzuschalten. Schließlich, so schreiben die neuseeländischen Kollegen, handelt es sich nicht nur um eine juristische Angelegenheit, sondern auch um ein „riskto New Zealanders' international reputationfortrustworthiness“, also um eine Gefahr für Neuseelands internationales Ansehen und seine Glaubwürdigkeit. Weiter schreiben sie: „Wenn Deutschland ein Auslieferungsgesuch für Mr. Mora stellt, dann hat das unsere volle (neuseeländische) Unterstützung. Die Kollegen rufen ihre Leser sogar auf, Hinweise über den Verbleib von Mora zu geben.

Aktuell ist nicht bekannt, ob Mora bereits an die deutsche Justiz ausgeliefert wurde. Allerdings zeigt die Reaktion der Neuseeländer auch, wie gut Kooperation funktionieren kann, wenn internationale Solidarität bei der Bekämpfung von Steuerkriminalität gefragt ist.

Sascha Mummenhoff

Mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de

„An dieser Brücke ist alles panne“

Die Medien fragen und wir antworten – Steuerzahlerbund ist gefragter denn je

Der Steuerzahlerbund Hamburg ist gefragter denn je, wenn es um die kritische Einschätzung von Themen rund um Steuererschwendung geht. Der Vize-Vorsitzende Jürgen Nielsen stand innerhalb kurzer Zeit dreimal vor der Kamera. RTL Nord verdeutlichte Nielsen die Verbandssicht zu den Themen Elbvertiefung („Wir befürworten die Elbvertiefung, denn sie ist elementar wichtig für Hamburg und die Metropolregion. Aber: Das Kreislaufbaggern muss unbedingt ein Ende haben. Eine Menge Steuergeld wird hier sinnlos verschwendet.“) und Baukostensteigerung („Der rot-grüne Senat hat das Thema Baukostensteigerungen nicht im Griff. Das kostenstabile Bauen ist längst zu einer Phrase verkommen.“). Zudem war Nielsen „zu Gast“ im Hamburg Journal. NDR-Redakteur Sebastian Eberle fragte nach der BdSt-Position zum Ergebnis der Beratungen des Koalitionsausschusses von Union und SPD in Berlin („Es ist vernünftig, die von der Corona-Krise besonders betroffenen Leistungsträger unserer Gesellschaft schnell mit Liquidität zu versorgen. Wir begrüßen deshalb die Ausweitung des steuerlichen Verlustvortrags, denn wir wollen keine Pleitewelle in Gastronomie, Hotellerie und bei Kreativen erleben. Gelten sollen die Regelungen für die Jahre 2020

und 2021 – und genau das ist aus unserer Sicht zu kurz gegriffen. Der Verlustrücktrag sollte auch in das Jahr 2019 und früher möglich sein, um bereits gezahlte Steuern aus guten Jahren zurückzubekommen. Von der neuen Anhebung der Grenzen profitieren viele kleine und mittlere Unternehmen nämlich nicht!“).

Vorstandsmitglied Petra Ackmann nahm sich Zeit für ein Radio-Interview mit NDR-Redakteur Peter Feder. Ackmann bezog Stellung zum Bericht des Hamburger Rechnungshofs: „Es wird dringend Zeit, dass der Senat sich wieder an die Ermächtigungen hält, die ihm die Bürgerschaft erteilt, anstatt den Haushalt nach eigenem Gutdünken zu führen. Das Hinwegsetzen über die von der Bürgerschaft festgelegte Vorvermietungsquote vor Baubeginn beim Elbtower, Bilanztricks bei den Abschreibungsregelungen und kaum vorhandener Wille, öffentliche Aufträge auszuschreiben, zeigen deutlich: Der Senat gibt ein schlechtes Beispiel ab, wenn es darum geht, sich an die Regeln zu halten, denen er in seiner Haushaltsführung unterliegt. Dadurch entstehen dem Steuerzahler immense Schäden.“

Und dann gab es eine Premiere: Zum ersten Mal zitierte die BILD der FRAU den Ham-

burger Landesverband. „An dieser Brücke ist alles panne“ lautete die Überschrift. Es ging um die Retheklappbrücke. Statt 95 Millionen Euro kostete die Reparatur 173 Millionen Euro. Und zur Belohnung gab es auch noch einen Preis.

Ein aktueller Hamburger Schwarzbuch-Fall schaffte es in die Sendung „Mario Barth deckt auf“. Barth ging dem IT-Desaster bei der Hamburger Polizei auf den Grund. Die Firma Microsoft hatte bereits 2012 bekannt gegeben, dass der Support für Windows 7 im Januar 2020 eingestellt wird. Acht Jahre hatte die Stadt Zeit, sich für ein anderes Betriebssystem zu entscheiden. Jetzt herrscht ein totales IT-Chaos, da Arbeitssoftware und Betriebssysteme nicht zusammenpassen. Nun sind pro Jahr rund 450.000 Euro für einen „extendedsupport“ notwendig – Steuergeld. Bis Ende 2021 werden sich die Ausgaben nach Senatsangaben auf knapp eine Million Euro summiert haben.

Wer den BdSt Hamburg in den Medien nicht verpassen möchte, sollte uns auf Facebook oder Instagram (jeweils #steuerzahlerhh) folgen. Dort finden Interessenten auch eine Übersicht der zuletzt erschienen Veröffentlichungen.

Sascha Mummenhoff
Mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de

Mitgliederversammlung 2021

Der Vorstand des Bundes der Steuerzahler Hamburg e.V. lädt die Mitglieder des Landesverbandes zur ordentlichen Mitgliederversammlung 2021 ein.

Sie findet statt am Dienstag, 17. August 2021, um 18.30 Uhr
Ort: Helling KG (Sylvesterallee 2, 22525 Hamburg)

Tagesordnung zur Mitgliederversammlung 2021

1. Bericht über das Geschäftsjahr 2020
2. Vorlage der Jahresrechnung 2020
3. Entlastung des Vorstands und des Verwaltungsrats
4. Genehmigung des Jahresvoranschlags 2021
5. Schwerpunktthemen 2021/22 (Veranstaltungen und Projekte)
6. Wahlen
 - a. Vorstand / b. Verwaltungsrat / c. Kassenprüfer
7. Verschiedenes

Alle vorbereitenden Unterlagen zur Mitgliederversammlung liegen ab dem 10. Juli (werktags zwischen 9 und 15 Uhr) in der Geschäftsstelle zur Einsichtnahme aus. Um Anmeldung sowohl zur Mitglie-

dersammlung als auch zur Einsichtnahme in die vorbereitenden Unterlagen wird aus organisatorischen Gründen gebeten (Telefon: 040 - 33 06 63 oder mail@steuerzahler-hamburg.de).

Der Jahresrückblick 2020 des Hamburger Steuerzahlerbundes steht ab dem 10. Juli für Sie als PDF-Download unter www.steuerzahler-hamburg.de bereit.

Informationen zur Durchführung:

Sollte eine Präsenzveranstaltung wider Erwarten nicht möglich sein, findet die Mitgliederversammlung als Hybrid-Veranstaltung statt. Der Gesetzgeber hat diese Durchführungsform für Mitgliederversammlungen von Vereinen durch das „Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz-, und Strafverfahrensrecht“ seit dem 28. März 2020 ermöglicht. Bei Anmeldung zur Mitgliederversammlung erhalten Sie den Zugangslink, das Passwort, eine kurze Anleitung und die Unterlagen. Sie möchten an der Mitgliederversammlung teilnehmen, verfügen aber über keine Zugangsmöglichkeit zur Videokonferenz? Melden Sie sich gern bei uns. Wir finden eine Lösung für Ihre Teilnahme! Sie haben auch die Möglichkeit, Ihre Stimmen vor der Durchführung der Mitgliederversammlung schriftlich abzugeben.

BdSt Hamburg e.V., Ferdinandstraße 36, 20095 Hamburg

„Wie ist die Lage?“

Lars Meier ist neugierig

Für viele Hamburger ist Lars Meier inzwischen ein regelmäßiger Begleiter geworden. In seinem fast täglichen Podcast „Wie ist die Lage?“ spricht er mit Hamburgern über die Dinge, die sie beschäftigen. Darunter sind Politiker, Schauspieler und Unternehmer. Aber auch Menschen, die etwas Spannendes zu erzählen haben. Für BdSt-Sprecher Sascha Mummenhoff nahm sich Meier Zeit, selbst Fragen zu beantworten.

Wissen Sie eigentlich, wie viele „Wie ist die Lage“-Interviews Sie bereits geführt haben?

Wir feierten kürzlich die 200. Folge. Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher war zu Gast und gleich einen Tag später brach ich den Rekord für den längsten Podcast Deutschlands. Beim Podcast-Marathon sprach ich zwölf Stunden mit unterschiedlichen Gästen.

Was macht Ihren Podcast aus?

Muntere Plaudereien – auch mal mit Tiefgang. Jeder redet, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, ohne völlig oberflächlich zu sein. Manchmal habe ich vor dem Gespräch keine Ahnung über was ich reden will.

Welcher Gast hat Sie positiv überrascht – und warum?

Irgendwie fast alle, weil sie sich immer wieder darauf einlassen, über etwas anderes zu sprechen. Begeistert bin ich immer von den Gästen, die abseits von ihren eigentlichen Themen mit mir sprechen. Stefanie von Berg über Pilzesammeln, Rolf Zuckowski über Laubbläser oder Katharina Fegebank über Kastanienmännchen.

Mit wem würden Sie gern einmal sprechen?

Mein Wunschgast ist ganz klar Angela Merkel.

Lars Meier spricht täglich mit Hamburgern über Themen, die sie bewegen.

Fotonachweis: www.guteleundefabrik.de



Viele Hamburger Politiker waren bereits bei Ihnen zu Gast. Welches der Gespräche war aus Ihrer Sicht bemerkenswert und warum?

Die bemerkenswertesten Gespräche habe ich nun ausgerechnet nicht nur mit Politikern. Unsere Senatorinnen und Senatoren machen schon Spaß. Allen voran Kultur senator Carsten Brosda, weil ich immer ein paar neue Fremdwörter lerne.

Welche Podcasts hören Sie selbst am liebsten – und warum?

„Entscheider treffen Haider“. Ich mag einfach Hamburg und die Menschen hier. Aber natürlich auch „Ball you need is love“ von und mit Arnd Zeigler oder Tobias Schlegls „2Retter1Mikro“.

Sie betreuen und vermitteln Moderatoren, Schauspieler und Regisseure. Wie hat sich Ihre Branche im vorigen Jahr verändert?

Seit drei Jahren konzentriere ich mich auf Moderatorinnen und Moderatoren. Das Tour- und Livegeschäft ist komplett zusammengebrochen, das Fernsehen ist auch stark in Bewegung. Es ist definitiv herausfordernder geworden, aber dieser Aufgabe stellen wir uns mit Leidenschaft und Kreativität.

Was wünschen Sie sich – bezogen auf die Corona-Krise – von der Politik – in Hamburg und Berlin?

Mehr Klarheit, mehr Mut und mehr Standfestigkeit. Das Vertrauen schwindet leider zunehmend, weil genau diese drei Eigenschaften immer mehr verloren gegangen sind.

Bietet Corona auch Chancen?

Sehr viele sogar. Man sagt ja, Not macht erfinderisch. Diese Aspekte zu erleben und selbst mit voran zu treiben, macht mir großen Spaß.

Sie beraten Persönlichkeiten aus der Öffentlichkeit in PR-Angelegenheiten. Welches Image hat der Bund der Steuerzahler aus Ihrer Sicht?

Wer ist das? Ich musste erstmal das Internet durchforsten, um mehr zu erfahren. Insofern fehlt mir auch das Image. Sorry.

Was raten Sie dem BdSt Hamburg – etwa um neue Mitglieder zu gewinnen?

Bekannt werden durch starke Inhalte und Aktionen und sich dadurch ein klareres Image zulegen.

Sascha Mummenhoff

Mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de

In Hannover geboren und seit 1996 in Hamburg, arbeitet Lars Meier seit 1991 als Kommunikations- und Marketingberater. Seit 1998 ist er als Künstlermanager tätig. Bei Lars Meier Management & PR betreut und vermittelt er Moderatoren, Schauspieler und Regisseure und berät Persönlichkeiten aus der Öffentlichkeit in PR-Angelegenheiten. Das Ziel seiner „Guten Leute Fabrik“ ist es, gute Leute zu vernetzen und mittels durchdachter Kommuni-

kation Menschen und Ideen zusammenzubringen. Lars Meier ist Initiator des Vereins „MenschHamburg“. Im Mittelpunkt stehen die Menschen der Stadt Hamburg, die Hilfe benötigen. Mit vielen seiner Spendenaktionen versucht Meier Geld zu sammeln – wobei der Spaß der Spender und nicht die Not der Notleidenden im Mittelpunkt steht.

Mehr Infos unter www.guteleundefabrik.de

Blick durch den Norden



Beim Blick durch den Norden fällt vor allem eines auf: Jedes Bundesland fährt einen eigenen Kurs bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie.

Modellregionen sorgen für Aufmerksamkeit, wechselnde Bestimmungen für Zweitwohnungen, Sonderregeln – ganz zuverlässig ist eigentlich nur noch, dass niemand so recht weiß, wie es an dieser Schule oder an jenem Strand kommende Woche aussehen wird. Hamburgs Bürgermeister Tschentscher profilierte sich in den vergangenen Wochen als Hardliner, Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Günther als Weltenkind in der Mitte und seiner Amtskollegin Schwesig in Schwerin war anzumerken, dass sie in wenigen Monaten eine Landtagswahl zu bestehen hat.

Wieviel Impfstoff kommt, wo er hinkommt, ob er zusammen

mit den diversen Regelungen und dem – hoffentlich – bald besseren Wetter die Trendwende bringt, Politiker haben es sich inzwischen angewöhnt, auf eigentlich klare Fragen verschwurbelte Antworten zu geben. Und was den Umgang mit Genesenen und Geimpften angeht, da erzwangen erst die Gerichte einen differenzierten Umgang mit den Bürgern des Landes. Kaum zu glauben ist auch, wie Politiker mit den Kindern und Jugendlichen umgehen. Dabei geht es nicht nur um die Frage, ob alle Entscheidungen für die Schulen wohl überlegt waren. Fassungslos macht auch, wie wenig viele Politiker sich wirklich gekümmert haben darum, wie (schnell) man helfen kann. Auf Seite 3 dieser Ausgabe haben wir den Versuch gemacht, mit einem – fiktiven – Beispiel zu schildern, wie schnell und konsequent

viele Versuche gescheitert sind, Kindern und Jugendlichen wenigstens die Hilfe zukommen zu lassen, der bei mehr gutem Willen und weniger Verharren in den gewohnten Abläufen möglich wäre.

Vom Bundesgesundheitsminister Jens Spahn stammt der Satz, am Ende der Pandemie würden wir uns alle miteinander viel zu verzeihen haben. Da hatte er im Prinzip recht mit der Einschränkung, dass er wohl vor allem die Politiker gemeint hat – also die eigene Kaste. Noch ist die Pandemie nicht ausgestanden und die Politik wird – leider – auch in Zukunft mutlos zuwarten.

Weswegen wir planen, auch unsere eben im Kern leider gar nicht fiktive Erzählung fortzusetzen. In der dreht sich fast alles darum, wie man versuchen kann, auch mit einer Pandemie umzugehen, als handele es sich um einen schnöden Schnupfen. Wer sich darüber aufregt, hat recht: Politikversagen ist leider häufig nur der Versuch, so zu tun, als habe man alles im Griff. Tatsächlich stecken wir im Griff einer tückischen Krankheit.

BdSt intern: Rechtsgutachten

Mit einer Zweidrittelmehrheit hat der Schleswig-Holsteinische Landtag 2020 5,5 Milliarden Euro sogenannter Notkredite bewilligt, um die Pandemiefolgen zu bekämpfen. Doch nach Berechnungen des Landesrechnungshofes wurden davon lediglich 1,3 Milliarden Euro wirklich für die Krisenbewältigung ausgeben.

Ist die Mittelverwendung noch von der Verfassung gedeckt? Diese Frage soll ein Rechtsgutachten klären, das der Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein bei dem renommierten Kieler Verfassungs- und Verwaltungsrechtler Professor Dr. Florian Becker in Auftrag gegeben hat. Schon in den nächsten Wochen erwarten wir die Ergebnisse.

Rainer Kersten

rainer.kersten@steuerzahler.de

Impressum

Herausgeber: Bund der Steuerzahler Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern

Redaktion: BdSt Schleswig-Holstein, Rainer Kersten, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel, Tel. 0431/99 01 65-0, Fax 99 01 65-11, www.nord-kurier.de, E-Mail: info@nord-kurier.de

Verlag: BdSt Steuerzahler Service GmbH, Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauer Damm 40, 10117 Berlin

Verantwortlich: Schleswig-Holstein: Roger H. Müller, Rainer Kersten; Hamburg: Sascha Mummehoff, Angela Sundermann; Mecklenburg-Vorpommern: Diana Behr

Erscheinungsweise: 9 x jährlich
Auflage: 21.000, 50. Jahrg., 6/2021

Anzeigenverwaltung: Nord-Kurier Verlag und Werbegesellschaft mbH, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel

Konzeption & Gestaltung: J. Holz, www.diegestalten.com, Mainz

Satz: LINE Media Agentur, info@linemedia.de, 04334/18 91 18

Druck & Versand: Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

Ratgeber: Haus und Steuern



Mit dem Eigentum an einer Immobilie sind steuerliche Folgen verknüpft, deren Kenntnis viel Geld sparen kann. Ob selbst genutzt oder vermietet, das Thema „Steuern rund ums Haus“



bleibt ständig aktuell. Das beginnt beim Erwerb, reicht über die Zeit der Vermietung oder Selbstnutzung bis zur Veräußerung. Ob und in welcher Höhe Aufwendungen steuerlich abzugsfähig sind, Zweitwohnungssteuer zu zahlen ist oder was passiert, wenn die Immobilie veräußert oder vererbt wird, sind wichtige Fragen. Wer sich damit auskennt, spart Geld. Deshalb haben wir unseren Ratgeber „Haus und Steuern“ auf aktuellem Rechtsstand neu aufgelegt.

Die Broschüre kann gegen eine Schutzgebühr von 3,50 Euro (inklusive Mehrwertsteuer und Versand) angefordert werden beim

NORD-KURIER
Lornsenstraße 48, 24105 Kiel
Tel. 04 31/99 01 65-0, Fax 04 31/99 01 65-11
oder unter: www.nord-kurier.de

Mit der Broschüre erhalten Sie eine Rechnung.